

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Zustellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Fremdband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achtgeheiligste Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Werbeanzeigen das letzte Druckwort 60 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Gewerbeschilder 50 Pfg. Familien- und Vereinsanzeigen 40 Pfg. Der Zuschlag für die Anfertigung der Druckformen ist in den dazu beigefügten Tarifen für die 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10
Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortdauer des Eisenbahnerstreits.

Die Streiklage.

Die von der Regierung gemachten Zugeständnisse haben heute noch keine Beendigung des Streiks herbeigeführt. In sämtlichen Werkstätten in Berlin ruht auch am heutigen Tage die Arbeit. Ueber die Höhe des Verhandlungsfortschritts hat, nach einer Lokalcorrespondenz, der Zentralrat der Eisenbahner erklärt, daß die Zugeständnisse der Regierung nicht ausreichen, um die Arbeiterarbeit völlig zu befriedigen. Auch der vom preussischen Staatsministerium versprochenen Senkung der Lebensmittelpreise wird Mißtrauen entgegengebracht. Es herrscht allgemein die Auffassung, als ob die Regierung auch die Milliarden fordernde Mittel zur Benützung, um die „sog. berechtigten“ Forderungen der Eisenbahner abzuweisen und die Verhandlungen zu verschleppen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Unzufriedenheit nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in denen der Beamten herrscht. Im Laufe des heutigen Tages sollen in allen Berliner Eisenbahnbetrieben, in den Werkstätten usw. Abkündigung an den Ratssenden, ob man die Arbeit mit der Befriedigung der Regierung beizugehen und die Arbeit wieder aufnehmen soll. Die Eisenbahnerverbände bemühen sich, wieder eine Umkehrung in der Stimmung hervorzurufen. Es ist aber ein Umschwung in der Stimmung hervorgerufen worden. Heute im Augenblick noch zweifelhaft, ob sie Erfolg haben werden. Heute nachmittag werden die Funktionäre in geheimen Sitzungen zusammenkommen, um über weitere Maßnahmen schlüssig zu werden. Auch die gegenwärtig in Berlin tagende Eisenbahnerkonferenz hat sich heute morgen mit der Lage beschäftigt und gewerkschaftlich hat sich heute morgen mit der Lage beschäftigt und wird am Nachmittag Verhandlungen mit der Regierung aufnehmen.

Berlin, 28. Juni.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Der Streik der Eisenbahner hat leider schon eine Störung der Lebensmittelversorgung herbeigeführt. Einmal ist die Lieferung der Milch vorgerufen. Einmal ist die Lieferung der Zuckerrüben und Transporte erschwert, vor allem aber die Zufuhr und Bereitstellung von Kartoffelwagen auf dem Güterbahnhof behindert worden, obwohl die Vertretung der Arbeiterorganisationen und die anderen in Betracht kommenden Stellen von jeher auf das entschiedenste den Standpunkt vertreten haben, daß die Lebensmittelzufuhr durch einen Streik auf keinen Fall beeinträchtigt werden darf. Es muß daher an die Beteiligten die dringende Mahnung gerichtet werden, ungesäumt und mit allen Kräften dafür Sorge zu tragen, daß jede Störung in der Lebensmittelzufuhr und dadurch auch jede Gefährdung in der Lebensmittelversorgung unterbleibt.

Der Verkehr auf den Bahnhöfen.

Auf den Berliner Fernbahnhöfen macht sich der Streik immer mehr bemerkbar. Gerade in diesen Tagen geht die Hochzeit der Ferienreisenden ein und so werden die amtlichen Auskunftstellen der Bahnhöfe selbst von fragenden Überläufern, die sichere Auskunft verlangen, ob und wann ihnen Reisemöglichkeit geboten werden. Die gestrigen Verhandlungen hatten bei sehr vielen Reisenden die Hoffnung erweckt, daß am heutigen Morgen der Verkehr bereits wieder in normaler Weise einsetzten würde. Infolgedessen setzte heute morgen bereits ein Massenstrom auf den Bahnhöfen ein. Um so größer war die Enttäuschung, als die diensttuenden Beamten nur die Auskunft geben konnten, daß vorläufig von einem ordnungsmäßigen Verkehr noch keine Rede sein, sondern daß nach wie vor Hänge nur mit großen Schwierigkeiten abgefertigt werden könnten. Am regelmäßigsten arbeiten noch der Anhalter und Potsdamer Bahnhof. Auch vom Stettiner Bahnhof wird noch eine größere Anzahl von Hängen abgefertigt. Der Vorortverkehr ist jedoch so unregelmäßig, daß man fast von einer vollkommenen Lähmung sprechen kann. Wie weit sich der Verkehr auf den Fernbahnhöfen noch aufrecht erhalten läßt, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Sollte eine Einigung heute noch zustande kommen, dürfte bereits im Laufe des morgigen Tages mit einer wesentlichen Besserung des Verkehrs zu rechnen sein, wenn auch natürlich ein fahrplanmäßiger Verkehr sich nicht sofort ermöglichen läßt.

Der Friedensvertrag.

London, 28. Juni. (Reuter.)

Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Wirksamkeit treten. Der Ausschuss in

durch die Bestimmung verursacht, daß der Vertrag von den Parlamenten der einzelnen beteiligten Länder ratifiziert werden muß. Die gegenwärtigen Kriegsmahnahmen einschließlich der Blockade werden daher während der Zwischenzeit der Unterzeichnung und der Ratifikation in Kraft bleiben.

Die Vorgänge in Hamburg.

Noch immer kriegerische Absichten?

Hamburg, 27. Juni.

In einem Bericht der Presseabteilung des Korps Lettow Vorbed heißt es: Gestern abend beschlossen die Unabhängigen, einem Einzug der Truppen keinen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Daraus verleitend versuchten Hamburger Truppen heute vormittag mit unzureichenden Kräften in die Stadt vorzudringen. Bald waren die schwachen Posten der vordersten Linie von einer feindlich gestimmten, dichten Menschenmenge, darunter Frauen und Kinder, umringt. Hierdurch in dem Gebrauch ihrer Waffen beeinträchtigt, zogen sich die Truppen, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, zurück. Es wurden Teile von ihnen hierbei von der Menge entwisst. Wenn der eigentliche Vormarsch gegen die Stadt, der jedenfalls mit starken Kräften vor sich gehen wird, erfolgt, ist nach ungewiß. In erster Linie sind es Ostpreussische, brandenburgische und Marine- und Bayern haben starke Kontingente gestellt.

Diese Darstellung ist natürlich gefälscht. In Wirklichkeit haben wohl die Truppen sich als nicht recht brauchbar für die Absichten der Führung erwiesen. Die Beschuldigung gegen die Unabhängigen ist schon deshalb unhaltbar, weil wohl die Frauen und Kinder und die mit feindlicher Gesinnung bewaffnete übrige Menge nicht gerade gefährliche Kampftruppen dargestellt haben. Aber es scheint, daß die Absicht, kriegerische Vorbeeren zu erringen, noch immer nicht aufgegeben ist.

Die Opfer.

Hamburg, 27. Juni.

Die Zahl der Opfer der Kämpfe in Hamburg ist auf 54 gestiegen. Von der Freiwilligentruppe Bahrenfeld werden weitere 19 Mann vermisst. Im Laufe des heutigen Nachmittags versuchten 200 Bewaffnete das Hüttengefängnis zu stürmen; sie wurden jedoch von Volkswehrtruppen und Polizeimannschaften daran gehindert, worauf sie abgezogen.

Forderungen der sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei Hamburg verlangt:

1. von der Regierung: Einsetzung von Volksgerichten zur beschleunigten Beurteilung der Lebensmittel-fälscher und Wucherer; Sicherstellung der Lebensmittelverteilung.
2. von der Arbeiterschaft: Ablehnung jeder Beteiligung an bewaffneten Aufständen gegen die Reichsregierung oder gegen die von ihr entsandte Reichswehr; Abgabe aller Waffen, die sich in Händen von Zivilpersonen befinden; Nichtbefolgung aller Generalstreikparolen; es ist nur den Beschlüssen der Parteiorganisation Folge zu leisten.

Lebensmittelunruhen in Bochum.

Bochum, 27. Juni. W. L. B.

Am Nachmittag wurde eine Abordnung der Arbeiterschaft des Bochumer Vereins beim Magistrat vorstellig wegen der hohen Lebensmittelpreise und insbesondere wegen der bestehenden Knappheit. Der sich vor dem Rathaus anstauenden Volksmenge hatten sich verschiedene fragwürdige Elemente angeschlossen, welche in der Viktoriastraße liegende Lebensmittel- und Zigarrengeschäfte plünderten. Ein Teil der heranrückenden Sicherheitswehr wurde übermann und ihm die Waffen entzogen. Es wurden Verstärkungen herbeigeholt. Verschiedene, mit Rasierengewehren besetzte Lastautos durchsuchten die einzelnen Stadtteile. Der Sicherheitswehr, im Verein mit der Polizei gelang es dann in der 9. Abendstunde die Ruhe wieder herzustellen. Bei den Zusammenstößen gab es einen Toten und 12 Schwerverwundete, die den einzelnen Krankenhäusern zugeführt wurden.

Die Katastrophenpolitik im Osten.

Der Vollausschuss für Danzig und Westpreußen hat in seiner Sitzung vom 26. Juni einstimmig einen Aufruf erlassen, in dem er erklärt, Westpreußen müsse der Obermacht der Entente weichen und sich ins Unvermeidliche fügen. Der Aufruf wendet sich in schärfster Weise gegen den Plan einiger Nationalisten, eine Ostrepublik aufzurichten und Gebiete, die nach dem Friedensvertrag Deutschland erhalten bleiben, diesem neuen Staate anzugliedern. Diese Bestrebungen seien Hochverrat und Betrug an der ganzen Völke. Dieser ihn stünden Reaktionen, die von nackter Selbstsucht geleitet würden. Die arbeitende Bevölkerung werde diesen hochverräterischen Bestrebungen schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Nähere Einzelheiten über diese Katastrophenpolitik ergeben sich aus einem Bericht über eine von 1500 Danziger aktiven Unteroffizieren besuchte Versammlung in Danzig. Die Unteroffiziere hatten sich Vertreter der verschiedensten politischen Parteien eingeladen, um die Meinung der Parteien über die Ostfragen kennen zu lernen. Für die Mehrheitssozialisten sprach das Mitglied der Nationalversammlung Schulz. Er sagte, es müsse niedriger gehalten werden, daß Geheimrat Kleinow (Bromberg) in der „Täglichen Rundschau“ alle diejenigen, die den Friedensvertrag angenommen hätten, als Lumpen bezeichnet. In Weimar seien große Stöße von Telegrammen eingelaufen, mit der Aufforderung, den Frieden zu unterzeichnen. Unsere eigene Generalität sei gegen einen bewaffneten Widerstand gewesen. Sämtliche Wünsche seien zu verwerfen, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen. Ein Vertreter der Unabhängigen meinte, der Plan Kleinows sei darauf hinausgelaufen, zwei selbständige Ostrepubliken auszurufen; das sei verbrecherischer Hochverrat. Ein Mitglied des Ausschusses der vereinigten deutschen Volksräte des Ostens, Wittmeyer, erklärte, man könne jetzt die Pläne der deutschen Volksräte entbieten. Es habe sich bitter gerächt, daß die deutschen Volksräte sich nicht auf demokratische, sondern auf aristokratische Grundlage organisiert hätten. So hätte das Gerücht entstehen können, daß die Volksräte im Osten eine Monarchie mit dem Herzog von Mecklenburg an der Spitze aufrichten wollten. Tatsächlich sei es so, daß die Volksräte die Errichtung einer Volksrepublik vorbereiteten, die nach Unterzeichnung des Friedensvertrages selbständig bewaffneten Widerstand leisten sollte. Da der Plan zusammengebrochen sei, könne er jetzt folgendes darüber mitteilen:

In der nördlichen Ostrepublik sollte Reichskommissar Winnig die Führung übernehmen. Oberpräsident Vaiski und Schnadenburg sowie der stellvertretende Oberpräsident v. Bülow sollten eine Regierung auf demokratischer Grundlage bilden. Die übrigen Behörden sollten weiter arbeiten. General v. Besow vom 17. Armeekorps sollte die militärische Leitung der Abteilungen übernehmen. Alles sei bereit gewesen. Nach drei Tagen habe Besow gesagt, daß er mitmache. Verpflegung und Wohnung der Mannschaften seien auf drei Monate gesichert gewesen. In Weimar bei der Besprechung der Generale sei jedoch alles zusammengebrochen. Besow habe sich zuerst frei gemacht. Besow habe fünf Stunden gekämpft, bis er von zwei anderen so weit gebracht wurde, anzufallen. Diese beiden waren Erbsberger und Herling. Letzterer habe im Geiste schon die Reaktion marschieren sehen. Er habe aber Hurat geschrien, daß man den Spieß umdrehen würde, und statt gegen Polen gegen Berlin marschieren würde, und den Kaiser auf den Thron setzen werde. Die Regierung Scheidemann habe die Absicht gehabt, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, die Entente bis zur Elbe voranzutreiben zu lassen und an der Elbe sollte dann entschieden Widerstand geleistet werden. Auch dieser Plan sei gescheitert infolge Eiserfüchtigkeiten an hohen Regierungskreisen und unter den Generälen. Im letzten Augenblick wurde der Versuch gemacht, mit den Polen zusammen einen Oststaat zu gründen. Auf den Vorschlag der deutschen Volksräte, sich mit den Polen in Polen zu verständigen, hätten die Polen geantwortet, das hätte ihr vor zehn Jahren machen müssen. Am gestrigen Mittwoch seien noch vier Herren im Auto nach Posen gefahren, um mit den Polen zu verhandeln. Wittmeyer teilte noch mit, daß der kommandierende General v. Besow in der Nacht zum Mittwoch seinen Abschied erhalten habe.

Die Ausführungen Wittmeyers erregten in der Versammlung größtes Aufsehen, sie blieben aber von einem in der Versammlung anwesenden Generalstabsoffizier unbeantwortet. Die Enthüllungen erfahren eine Ergänzung durch folgende „Feststellungen“, die die „Post“ als von „bestunerrichteter Seite“ stammend wiedergibt:

1. Der deutsche Offizier war im Werden, und zwar mit vollem Wissen und im Einverständnis der deutschen Regierung (gemeint ist die Regierung Scheidemann, D. Red.) Die deutsche Regierung selbst habe das Offizariat zusammenberufen, in nicht misszuverstehender Absicht. An den Sitzungen der Parlamentarier und Volksräte nahmen Vertreter der Staatsbehörden teil. Die Aktionsausschüsse Nord (Danzig) und Süd (Breslau) haben mit Berlin und Weimar in ständiger Fühlung gestanden und alle zu treffenden Maßnahmen erörtert. Für den Fall der Unterzeichnung des Schwabensriedens sollte der Offiziat mit stillschweigender Billigung der Regierung ins Leben treten und den ausföhrlich, mindestens aber ehrenvollen Kampf gegen Polen beginnen.

2. Polen selbst war von dem Entbrennen dieses neuen Krieges überzeugt. Daher in seiner Presse die dauernde Bearbeitung der Deutschen durch Verpöndungen und Drohungen, die Verhaftung von Geiseln, die Internierung Tausender von Deutschen, die Evakuierung der Städte und Dörfer auf der polnischen Seite der Demarkationslinie, die Mobilisierung der Bevölkerung vom 18. bis 46. Lebensjahre.

Dass wir wirklich unmittelbar vor dem Ausbruch dieses von den Polen gefürchteten Krieges standen, wissen alle Eingeweihten. Die Tatsache mag genügen, Einzelheiten sind im Augenblick überflüssig.

Nach diesen Feststellungen, die auf das Klagenöse bekräftigen, wie recht wir mit unsern fortgesetzten Hinweisen auf die Vorbereitung eines neuen Krieges im Osten hatten, wendet sich die „Post“ in der schärfsten Weise gegen die Sozialdemokraten, die die nationale „Einheitsfront“ durchbrechen und dadurch den schönen Plan eines neuen Krieges vereitelt haben. Mit großer Erbitterung wendet sich die „Post“ auch gegen den „Parlamentarischen Aktionsauschuss Nord“, der die Aktion im Osten nicht mit der nötigen Energie gefördert habe. Dieser parlamentarische Aktionsauschuss (auf dessen Tätigkeit der gestern von uns veröffentlichte Befehl des Kommandierenden Generals Albrecht interessante Streiflichter wirft, und dem Mitglieds der Regierungsparteien, mit dem Zentrumsgesandten Dr. Fleischer an der Spitze, angehören), habe den Augenblick, in dem ein einheitliches Handeln notwendig war, verstreichen lassen und seine Selbständigkeit der Regierung untergeordnet.

Nach diesen Feststellungen bekennt die „Post“ zähenhändig, daß die „farnosen Volksräte“ allein stehen und zur noch eine Minderheit der Bevölkerung hinter sich haben. Inwiefern sei der Grenzschutz auch jetzt noch gewillt, nicht zu weichen und deutsches Land nicht in Polenhand fallen zu lassen. Er wisse aber selbst, daß die Regierung nicht zögern werde, ihm sofort den Nachschub an Munition und Verpflegung zu unterbinden und damit jede Aussicht auf Erfolg illusorisch zu machen. In dieser Erkenntnis hätten denn auch die Oberpräsidenten von Posen, Ostpreußen, Schneckenburg und v. Bülow die Lösung ausgegeben, den nunmehr aussichtslosen Kampf zu unterlassen, indem sie für sich selbst zugleich die Folgerung aus dem Verhalten der Nationalversammlung und der Regierung zogen.

Damit ist die hier geschilderte Katastrophopolitik der reaktionären Kriegstreiber nicht zu Ende. Nach einem Bericht der „Ostdeutschen Rundschau“ vom 26. Juni hat Geheimrat Kleinow in einer Versammlung in Bromberg die parole ausgegeben: „Wir haben mit den Männern in Berlin, die uns in diese Stunde geführt haben, keine Gemeinschaft.“ Nach einem Sympos auf die „Kraftvolle Armee“ sagte er dann: „Wir können hier im Osten nur zusammen mit den Polen ein Staatswesen bilden. Das ist der Weisheit letzter Schluss nach der Arbeit, die wir geleistet haben.“ In diesem Sinne sei mit den „polnischen Landknechten“ über die Bildung einer „Gemeinschaft im Osten“ beraten worden. In seinem Schlusswort kam Kleinow nochmals auf diesen Gedankengang zurück: Deutschland habe die Ostmark hinausgeworfen, jetzt müsse es sich zeigen, ob „unsere polnischen Landknechte“ die Hand ergreifen wollten, die ihnen die Volksräte schon seit vier Wochen entgegenstreckten.

Dieses Bekenntnis des Führers der Deutschen Vereinigung deckt die ganze Vertracktheit der Pläne der ostdeutschen Katastrophopolitik auf. Dieselben Leute, die seit Wochen und Monaten gegen die Polen gehetzt und den Krieg gegen Polen vorbereitet haben, betteln jetzt die Polen an, gemeinsam mit ihnen einen selbständigen Staat zu gründen, weil sie sich der Hoffnung hingeben, daß die feudalen und kapitalistischen Eliten, die gegenwärtig in Polen ausschlaggebend sind, diese auf die Hertrümmerung der deutschen Republik ausgehende Bewegung fördern würden. Ebenso wie im Rheinlande sind auch in den Ostprovinzen die feudalen und kapitalistischen Kreise, die bisher den Nationalismus in Erbacht genommen hatten, die Träger der konservativen Bewegung, die der deutschen Republik den Dolch in den Rücken stößt. Sie zögern keinen Augenblick, weitere Gebiete, die nach dem Friedensvertrage Deutschland erhalten bleiben, loszureißen, und sich dem polnischen „Erbfeinde“ in die Arme zu werfen, denn ihnen kommt es vor allem darauf an, eine Perücke zu schaffen, in der die junkerlich-mittelständischen Reaktionen einen Zufluchtsort finden und sich mit Unterstützung der Bourgeoisie so weit besitzigen kann, um in einem geeigneten Augenblick einen vernichtenden Schlag gegen die deutsche Revolution zu führen.

Falsche Töne.

Der Parteivorstand der Rechtssozialisten veröffentlicht einen Aufruf, auf den es schwer ist, keine Satire zu schreiben. Es heißt in diesem Aufruf: „Wir brauchen alle Kräfte unseres Volkes in Industrie, Handel und Landwirtschaft um leben zu können. Diese Kräfte werden aber nicht freigemacht, sondern gefesselt, wenn man weite Kreise des Volkes entrechtet und unter die Entwürdigung einer Diktatur stellt. Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht so heftig und so entschieden bekämpft, wie den Arbeitszwang, verbunden mit politischer Entrechtung unter dem Schlagwort der Diktatur des Proletariats für einen

anderen Volksteil einführen. Die schrittweise Taktik der Unorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Aufgeklärten, der Unmündigen über die Unmündigen. Sie bringt nach mehr als vierjährigem Krieg den Bürgerkrieg in Deutschland aus im weiteren den allgemeinen Zusammenbruch der Völker.

Wohl ist die Politik der Partei eine ungeheure Belastungsprobe für die Geduld und noch mehr für die politische Einsicht der deutschen Arbeiterklasse. Aber besteht sie diese Probe nicht, dann wird Deutschland in der Kultur um viele Jahrzehnte zurückgeworfen.

Muß man nicht zunächst glauben, daß das Wort von der entwürdigenden Diktatur sich auf die Militär- und Spigel-Diktatur bezieht, die infolge der Politik der rechtssozialistischen Führer über die deutsche Arbeiterklasse verhängt ist? Kann der Protest gegen den Arbeitszwang, der mit politischer Entrechtung verbunden ist, wenn Worte anders einen Sinn haben, gegen etwas anderes gerichtet sein, als gegen die letzten Erlasse Noskes?

Die Verfasser dieses Aufrufs besitzen wirklich eine eiserne Stirne, wenn sie nach wegen, diese Sprache zu führen. Wichtig ist nur, daß die Politik der rechtssozialistischen Partei eine ungeheure Belastungsprobe für die Geduld und für die politische Einsicht der deutschen Arbeiterklasse darstellt. Wir denken, die letzte Belastungsprobe war selbst für die rechtssozialistischen Arbeiter zu groß, und kein politisch einsichtiger Arbeiter wird länger mit dieser Politik etwas zu tun haben wollen.

Das Hehlblatt.

Was der „Vorwärts“ in den letzten Tagen an Behauptungen, Lügen und Entstellungen gegen die Arbeiterbewegung verübt, ist wirklich grotesk. Obwohl alle Eisenbahnerorganisationen aufs energischste dagegen protestiert haben, daß ihre Bewegung mit allgemein politischen Bestrebungen verknüpft sei, fährt der „Vorwärts“ fort, die Eisenbahner als Leute zu behandeln, die „von kommunistischen Drahtziehern mißbraucht“ würden. Er stützt sich dabei auf die Tatsache, daß Flugblätter gefunden wurden, die unter die Eisenbahner verteilt werden sollten und die angeblich zur Weltrevolution und zur Räteherrschaft aufriefen. Nach unseren Erundigungen sind solche Flugblätter nicht verteilt, sondern vor der Verteilung von der Polizei entdeckt und beschlagnahmt worden. Sie sind anonym und tragen keine Unterschrift. Das Ganze macht einen äußerst verdächtigen Eindruck. Das genügt aber dem „Vorwärts“, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter zu diskreditieren, indem er sie als spartakistisch hinstellt. Dabei erzählt er gleichzeitig, daß der Eisenbahnerstreik gegen die Absicht der „im Hintergrunde verbliebenen spartakistischen Führer“ zu früh losgebrochen ist, so daß offenbar die kommunistischen Führer zugleich den Eisenbahnerstreik angezettelt und den Ausbruch verhindern wollten! Zudem stammt diese ganze Geschichte inhaltlich vom Wolff-Bureau. Der „Vorwärts“ aber gibt sie, offenbar um ihre Glaubwürdigkeit zu vergrößern, als eigene redaktionelle Meinung wieder.

Dagegen unterschlägt der „Vorwärts“, daß der Erlaß Noskes gegen das Streikrecht der Eisenbahner die Erbitterung außerordentlich gesteigert hat und die Einigungsverhandlungen in hohem Maße erschwert. Gibt er doch nicht einmal den Beschluß der Berliner Eisenbahnerversammlung gegen den Erlaß im Wortlaut wieder. Und ebenso wenig wie gegen den Erlaß, findet er ein Wort gegen die Verhaftung der Vertrauensmänner der Eisenbahner.

Ebenso wie gegen die Eisenbahner, behet der „Vorwärts“ noch immer gegen die Hamburger Arbeiterklasse. Das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ erklärt ausdrücklich, daß weder die Kommunisten noch die Unabhängigen mit den Hamburger Unruhen der letzten Tage etwas zu tun gehabt hätten, und daß beide Parteien gar kein Interesse an den Ausschreitungen der letzten Tage gehabt haben. Das Blatt hofft auch, daß die geplante Reichsreferation sich als unnötig erweisen wird. Der „Vorwärts“ aber kann die Verwirklichung der Noskeschen Drohungen gar nicht erwarten. Er bekämpft die Hamburger Volkswehr auf Grund eines Verdicts von der berichtigten zuständigen Stelle, beschuldigt sie der Feigheit und des Diebstahls, und während alle Verträge darin übereinstimmen, daß dank des Einschreitens der Arbeiterklasse Ruhe und Ordnung in Hamburg herrscht, spricht der „Vorwärts“ von der klandestinen Wirtschaft in Hamburg, der nun radikal ein Ende gemacht werden muß.

Hierüber ein lauberes Arbeiterblatt! Und noch eins. Der „Vorwärts“ hat nicht nur kein Wort gegen die Verhaftung der Berliner Volksgewerkschaftsmitglieder gebracht, er hat auch die ganze Spigelgeschichte über den Grund der Verhaftung mit den feinsten Lettern seinen Lesern eingegeben. Das „Hamburger Echo“ aber schreibt dazu:

Es handelt sich bei diesem Ueberfall auf den Berliner Volksgewerksrat ganz offensichtlich um einen hinter dem Rücken der Reichsregierung ausgeführten Militärakt des Offiziers. Die Verhaftung wird ja nicht aufrechterhalten werden können, weil das angebliche Telefongespräch, falls es überhaupt stattgefunden hat, schwerlich den besprochenen Inhalt gehabt hat. Die „jetzigen Hochber“ in Hamburg sind immer noch Senat und Bürgerschaft beziehungsweise der Stadtkommandant und haben ganz gewiß keine Opposition von der Berliner U.S.P. verlangt. Die Hamburger Unabhängigen haben auch die politische Macht keinen Augenblick innegehabt. Die durch ihre Gewaltaute in den Besitz öffentlicher Gebäude gelangten lichtscheuen Elemente sind ihrer politischen Richtung nach überhaupt noch nicht bekannt. Wenn Wolffs Bureau sich von „zuständiger Seite“ melden ließ, die politische Macht sei auf Volkswache und Volkswache übergegangen, so lag auch darin nur eine Freisprechung der Öffentlichkeit. Aber diese Freisprechung scheint gewissen Leuten in Berlin sehr willkommen gewesen zu sein zur Ansetzung solcher Putzsch, wie er gegen den Volksgewerksrat verübt worden ist.

Wofür der „Vorwärts“ kein Wort der Kritik hat, das erkennt dem rechtssozialistischen Hamburger Blatt so ungeheuerlich, daß es an eine Mitwirkung der Regierung nicht glauben will. Es irrt natürlich. Der Streich geschah auf Anordnung Noskes, der sich auch immer wieder sträubte, die grundlos Verhafteten zu entlassen, und einen bereits erteilten Entlassungsbefehl sogar wieder zurücknahm, bis schließlich von anderer Seite die Entlassung

angeordnet wurde, da man bei der Erregung der Berliner Arbeiterklasse denn doch die Folgen fürchtete.

Der „Vorwärts“ aber, als würdiges Organ der Spigel-Diktatur, deckte und verteidigte alles.

Die Folgen werden nicht ausbleiben. Was Noske und der „Vorwärts“ in den letzten Tagen zur Stärkung unserer und zur Beschleunigung des Zerfalls der rechtssozialistischen Partei getan haben, wird sich sehr bald herausstellen. Wenn die Witter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Der Aufstand in Budapest.

Budapest, 27. Juni.

Der bewaffnete Putzsch, der Budapest drei Tage lang in Schrecken hielt, kann nunmehr als gecheitert betrachtet werden. Stadtkommandant Gombriich erklärte, daß der Alarm und die Einschränkung des Telefonverkehrs bereits aufgehoben seien, das Militär wurde in die Kasernen zurückbeordert und auch der Straßenbahnverkehr ist wieder regelmäßig. Einige Matrosen der gegenrevolutionären Monitore meldeten sich beim Stadtkommandanten und erklärten, daß die Mannschaft der Schiffe mit der Regierung verhandeln will.

Ueber die Vorbereitung und den Verlauf des Putzsches wird noch folgendes bekannt: Der Putzsch ist von gewissen aktiven Offizieren veranstaltet worden, die ihre Weisungen an die Truppenkörper im Namen des Stadtkommandanten Gombriich erteilt hatten. Sie wollten auf diesem Wege eine entsprechende bewaffnete Macht in Budapest veranlassen, um die Regierung stürzen zu können. Ein großer Teil der unzufriedenen Arbeiterschaft unterstützte sie. Doch ist diese Methode auch der Grund dessen gewesen, daß es der Regierung gelang, den Aufstand zu unterdrücken, denn der Kommandant einer Artilleriebrigade brachte auf Grund eines solchen falschen Befehls seine Batterien nach Budapest und meldete sich bei dem überwachenden Stadtkommandanten, der die Batterien gegen die kuffständigen verwendet. So wurden die Monitore mit jenen Batterien bekämpft, die die Gegenrevolutionäre zum Sturz der Regierung nach Budapest gebracht haben.

In der Stadt selbst war der Mittelpunkt des Aufstandes der 8. Bezirk, wo sich die kuffständigen nicht nur der Telephonzentrale und der Ludovikaakademie, sondern auch einer Kirche bemächtigt. Auf dem Marktum stellten sie ein Maschinengewehr auf. Die Kirche wurde von den roten Truppen gestürmt, die Beschaffung ein Geiseln, ein aktiver Offizier und drei Mann, ergaben sich. In den Straßen um die Ludovikaakademie spielten sich blutige Kämpfe ab, die bis Mittwoch abend andauerten. Die Böhlinge der Akademie kämpften mit Gegenpartnern gegen die roten Truppen, wobei auch Frauen und Kinder zahlreich verletzt wurden.

Im Zusammenhang mit den Budapest Ereignissen brach auch im südlichen Teil des Pesters Komitats ein Aufstand aus. Von ehemaligen Offizieren geführt, zogen hier Soldaten und schlecht bewaffnete Bauern aus den Dörfern gegen jene Ortschaften, in denen rote Truppen konzentriert waren. Der Mittelpunkt des Aufstandes war die erzbischöfliche Residenz Kaloza. Der Aufstand wurde jedoch von den roten Truppen niedergeschlagen. Die Führer flüchteten über die Demarkationslinie, wo sie von den Serben entworfen und nach Belgrad gebracht wurden.

Budapest, 27. Juni. (Ungar. Corr.-Bureau)

Der revolutionäre regierende Rat hat gestern die infolge der Gegenrevolution von den Revolutionsgerichten erlassenen Todesurteile für unüberprüflich und sofort vollstreckbar erklärt.

Die Ursachen der Hamburger Unruhen.

Ueber die Ursachen der Hamburger Unruhen schreibt die Hamburger „Volkszeitung“:

Es wäre verfehlt, wollte man annehmen, daß der Fall Heil die Ursache von den Hamburger Unruhen gewesen sei. Der Fall Heil war nur der Punkt zum bereitstehenden Pulverfaß. Nach der Revolution, als die Arbeiterschaft sich von der 4/5 Jahre langen Sabeldiktatur des preussischen Militärs befreit hatte, glaubte diese Arbeiterschaft, daß nun ihre höchsten politischen Ideale im Sozialismus verkörpert, zur Erfüllung gelangen würden. Statt dessen aber gewann das Völkertum Stück für Stück des abgerungenen Bodens wieder. Freiwilligenregimenten, die ihren reaktionären Charakter nicht verbergen konnten und wollten, schossen wie Blitze aus der Erde hervor. Die organisierte Arbeiterschaft sah sich betrogen, zum Teil von den eigenen Führern. Diese Ereignisse drängten die Arbeiter zum allergrößten Teil nach links und tiefen eine große Erbitterung hervor. Jeder, der die Arbeiterschaft kennt, weiß, daß die Arbeitermassen heute ganz anders denken und fühlen als wie vor und während der Revolution. Auch unsere Volkswehr, die einzige organisierte Truppe der Arbeiterschaft, sollte zum allergrößten Teil aufgelöst werden, während die Freiwilligenregimenten verhärtet wurden. Ebenfalls heigerte die Erregung, daß die Regierung nicht in der Lage war, den zahllosen Lebensmittelmangel und Vorkriegspreisen entgegenzutreten, hatte die Erregung der Volksmassen ihren Höhepunkt erreicht, der sich in Volkshütten auslösen wollte. Das stärkste lästige aber war, daß die mit Recht verhafteten, aus blutigen Kämpfen bestehende Wachenfelder Noskegarde ohne jede Warnung mit Maschinengewehren in die Menge hineingeworfen. Hier ist die Ursache der später sich entwickelnden Kämpfe zu suchen. Die Wachenfelder haben die ganze Volkshölle auf sich geladen. Sie sind auch verantwortlich für alle Verwicklungen, die die Kämpfe verursacht haben.

Gewerkschaftsprozess gegen Gandorfer.

Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt.

Hamburg, 27. Juni.

Der Geschäftsordnungsausschuss des bayerischen Landtags beschloß heute die Ermächtigung zur Strafverfolgung des bayerischbündischen Abgeordneten Gandorfer zu erteilen, verlangte aber, daß die gegen Gandorfer verhängte Schußwaffe aufgehoben werde. Gandorfer ist angeklagt wegen Hochverrats und ist verdächtig der Aufreizung zum Klassenkampf und großer Schiedungen in Eisenwerken und Zementwerken.

